

Bankgeheimnis: Wann kommt endlich eine Task Force?



Von **Claude Baumann**
Wirtschaftsredaktor «Weltwoche»

Die dreisten Attacken der EU auf das Schweizer Bankgeheimnis haben fast schon Tradition. Umso mehr verwundert es, wie unbeholfen die hiesigen Politiker, Behörden und anderen betroffenen Kreise jedes Mal reagieren. Von einem nationalen Konsens kann kaum die Rede sein. Eher macht es den Anschein, als wollte man sich für etwas rechtfertigen. Während die Schweizerische Bankiervereinigung besonders emotionslos argumentiert, überbieten sich die Politiker mit gegenläufigen Voten zum Thema; einige fordern eine Verschärfung, andere die Abschaffung des Bankgeheimnisses. Bedenklich auch: Von wenigen Ausnahmen abgesehen, bleiben die wichtigsten Schweizer Bankiers stumm. Ist ihnen der urhelvetische Diskretionsschutz zu unwichtig geworden, als dass sie sich noch öffentlich dafür stark machen würden?

Fiskalpolitische Exzesse

Anders wäre besser, denn die penetrante Kritik aus Deutschland, Frankreich oder England ist im Prinzip nichts anderes als ein billiges Polit-Powerplay. Einem erfolgreichen Finanzplatz wird dabei die Schuld an den fiskalpolitischen Exzessen anderer Länder in die Schuhe geschoben. Damit es nochmals gesagt ist: Deutsche oder französische Bürger kommen mit ihrem Geld nicht primär in die Schweiz, weil es hier ein Bankgeheimnis gibt. Vielmehr fliehen sie aus ihrer Heimat, weil die dortigen

Politiker über ihre Steuereindirektiven mehr als das halbe Volksvermögen abschöpfen. Deshalb gehen Franzosen oder Deutsche in die Schweiz, genauso wie nach Luxemburg oder inzwischen nach Singapur und Dubai.

Dass sich nach wie vor viele europäische Bürger für die Schweiz entscheiden, hängt zum einen von den bekannten Faktoren ab, wie der hiesigen Rechtssicherheit, der politischen Stabilität, der Neutralität, aber auch der Stärke des Frankens sowie der Zuverlässigkeit und Kompetenz unseres Bankensystems. Zum andern: Die Schweiz misst dem Schutz der Privatsphäre viel Gewicht bei. Im Gegensatz dazu offenbaren die jüngsten Demarchen in Deutschland, wie wenig die dortige Regierung der (finanziellen) Privatsphäre Rechnung trägt.

Teurer Leichtsin

Die Kritik an der schweizerischen Steuerpraxis und am Bankgeheimnis greift auch deshalb zu kurz, weil sich unser System bewährt. Im Verhältnis zum Staat besteht eine Unschulds- und Freiheitsannahme im Sinne des Bürgers. Mit anderen Worten: Der Staat vertraut seinen Bürgern – auch beim Ausfüllen der Steuererklärung. Und durch den hierzulande praktizierten Steuerwettbewerb bleibt obendrein die fiskalische Belastung massvoll. Es ist ein System, das ausserdem funktioniert, weil sich die Bürger in einer direkten Demokratie mit dem Gemeinwesen identifizieren können. So erscheint es geradezu abwegig, wenn ein kleines, unabhängiges Land wie die Schweiz seine Praxis auf Druck einiger grosser EU-Staaten ändern würde.

Schon einmal geriet die Schweizer Finanzbranche unter Beschuss und musste für ihren Leichtsin teuer bezahlen. Das war Ende der 90er Jahre im Zusammenhang mit den nachrichtenlosen Vermögen. Umso mehr ist nun zu wünschen, dass der neuerliche Druck auf den hiesigen Bankenplatz nicht aber-

mals in einem kostspieligen Fiasko endet. Vor diesem Hintergrund wäre es nicht unklug, wenn die Schweiz endlich eine Task Force in Sachen Bankgeheimnis auf die Beine stellen würde – ein Expertenteam mit Vertretern aus Politik, Finanzbranche, inklusive Schweizerischer Nationalbank, Behörden und weiteren einflussreichen Persönlichkeiten.

Ein solches Gremium könnte mit *einer* Stimme und zeitlich koordiniert die Positionen der Schweiz im In- und Ausland propagieren. Dabei müsste diese Task Force auch bewusst auf der medialen Klaviatur spielen, also nicht nur mit Broschüren oder in langfädigen Exkursen argumentieren. Sie könnte ihre Vertreter klug inszenieren, etwa in einer Talk Show wie bei Sabine Christiansen, oder indem angesehene Swiss Bankers unter ihrem Namen in führenden Zeitungen wie dem Wall Street Journal, der Financial Times oder der Frankfurter Allgemeinen Zeitung darlegen würden, was – überspitzt gesagt – Europa von der Schweiz alles lernen könnte.

Belohnter Diebstahl

Geschlossen würde die Schweiz den permanenten Attacken souveräner begegnen, als das bisher der Fall war. Und sie könnte so auch unterstreichen, dass sie im Umgang mit internationalen Kapitalflüssen führend ist. In keinem anderen Land der Welt müssen Banken grössere Abklärungen treffen, bevor sie einen Kunden akzeptieren können. Kein anderes Land besitzt ein schärferes Dispositiv gegen Steuerbetrug. Kein anderes Land hat mehr Vorkehrungen gegen die Geldwäscherei getroffen, so dass unsaubere Vermögen längst einen Bogen um die Schweiz machen, während sie in anderen Finanzzentren immer noch willkommen sind. Solche Tatsachen gilt es prononciert ins Feld zu führen, zumal die Lage ernst ist, seit einige Regierungen den Diebstahl von vertraulichen Kundendaten nicht nur tolerieren, sondern sogar belohnen. ●